

Betreff:

Schulwegesicherheit (GRÜNE)

Antragstext:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Die Verwaltung der Stadt Wiesbaden wird dringend aufgefordert die Schulwegesicherheit für die Kinder der Konrad-Duden-Schule zu verbessern und deren Schutz sicherzustellen. Hier geht es nicht nur um Sachzwänge und die Bewältigung von Aufgaben (Lehrer, Übungsleiter), sondern um die Gesundheit und sichere Bewegungsfreiheit unserer Kinder. Die Sicherheit unserer Kinder sollte oberste Priorität haben. Die bevorstehende dunkle Jahreszeit und die damit verbundene schlechtere Sichtbarkeit macht die Umsetzung, der schon im Beschluss vom 20.5.2025 beantragten Maßnahmen, um so dringlicher. Zudem wird in Hessen ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler eingeführt und von der Konrad-Duden-Schule sukzessive eingeführt. Die Kinder sollen den Weg zwischen Schule und Nachmittagsbetreuung, der sogenannten „SchuKi“ alleine, ohne Betreuungskraft, selbstständig und gefahrlos jederzeit bewältigen können.

Dass die Sicherheit der Schulkinder erste Priorität haben muss, soll durch diesen Beschluss noch einmal betont und verdeutlicht werden.

Begründung:

Das sinnvolle gemeinsame Vorort-Gespräch, am 30.10.25 zur Verkehrssituation oberer Schlossberg mit Vertretern von Schule (Elternbeirat, Förderverein), Fußballverein SpVgg. Sonnenberg, Turnverein TSG Sonnenberg und Ortsbeiratsmitgliedern hat verdeutlicht, dass der Schulweg für die Kinder nicht im notwendigen Maß abgesichert ist. Dies dürfte vermutlich die Neigung zu „Elterntaxi-Transporten“ zusätzlich verstärken. Auch, wenn diese Form der Schulwegbewältigung in allen Untersuchungen dazu offensichtlich als nicht ausrottbar erscheint, könnte ein ausreichend sicherer Schulweg, z. B. vom Kreisel zur Schule, ein wichtiger Beitrag sein, um wenigstens einsichtige Eltern davon zu überzeugen auf ihre Fahrt bis vor die Schule zu verzichten und die Kinder dieses Stück ihres Schulwegs laufen zu lassen. Zudem muss am Nachmittag der Weg zwischen Schuki und Schule so sicher sein, dass die Kinder ihren Aufenthaltsort jederzeit frei wählen können - selbstständig, gefahrlos und ohne Aufsichtskraft. Das ist derzeit nicht möglich.

Wiesbaden, 11.11.2025

Krafczyk
Bündnis 90/DIE GRÜNEN